POST AUS BERLIN

Julia Obermeier
Mitglied des Deutschen Bundestages

08. Juli 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

mit dem heutigen Ende der Sitzungswoche beginnt die parlamentarische Sommerpause. Traditionell ist diese letzte Sitzungswoche besonders arbeitsintensiv. Mit vielen Entscheidungen haben wir nochmal ein sehr klares Zeichen gesetzt. So haben wir das Integrationsgesetz beschlossen und das Prinzip „Fördern und Fordern“ festgeschrieben.

Ein Meilenstein ist uns auch bei der Erneuerung des Sexualstrafrechtes gelungen. Künftig heißt es jetzt endgültig: NEIN heißt NEIN! Diese Verschärfung wurde einstimmig vom Deutschen Bundestag beschlossen. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 2.

Auch ein weiteres großes Anliegen von mir konnte in dieser Woche umgesetzt werden, denn wir haben den Schutz von Prostituierten mit dem Prostitutionsschutzgesetz erheblich gesteigert. Künftig schützen wir die Selbstbestimmung der Prostituierten durch Kontrolle und Beratung. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag gegen das kriminelle Milieu und gegen Zwangsprostitution.

Leider haben wir gestern gegen den EM-Gastgeber Frankreich verloren, aber unsere Jungs haben ein großartiges Turnier gespielt und wir sind ja immer noch der Weltmeister!

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und freue mich auf viele Begegnungen in den (Berlin-freien) Sommermonaten!

Herzliche Grüße
Ihre

Neues aus dem Netz

Sebastian Kriesel mit Julia Obermeier.
1. Juli um 16:44

Gute Freunde an Gärtnerplatz. Bei schönstem Wetter und tollen Gesprächen

Julia Obermeier hier: Aubing-Lochhausen-Langwied.
2. Juli um 13:03

50 Jahre katholischer Kindergarten St. Quirin - Stadtrat Johann Sauerer und ich gratulierten für die CSU

Julia Obermeier mit Otmar Bernhard
3. Juli um 16:54

Sommerfest der Aubinger Haserer und des Kaninchenzuchtvereins

Nein heißt Nein!
Bundestag verschärft Sexualstrafrecht

Künftig wird bestraft, wer gegen den erkennbaren Willen eines anderen Menschen sexuelle Handlungen an ihm vornimmt oder vornehmen lässt. Wichtig für die Strafbarkeit ist nun der für den Täter erkennbare Wille des Opfers. Das Opfer muss den Willen jedoch ausdrücklich entweder **verbal oder etwa durch Weinen** zum Ausdruck bringen. Strafbar macht sich dann künftig derjenige, der **trotz des klar geäußerten entgegenstehenden Willens sexuelle Kontakte mit dieser Person hat.**

Foto: Büro Alexander Hoffmann MdB

Ist das Opfer **unfähig einen Willen zu bilden**, weil es beispielsweise **überrascht** wurde oder **bewusstlos** ist (K.O.-Tropfen), dann **entfällt die Strafbarkeit selbstverständlich nicht.** Derjenige, der ausnutzt, dass das Opfer keinen entgegenstehenden Willen bilden kann, macht sich ebenfalls strafbar. Wenn jemand keinen Willen bilden oder äußern kann, weil er **krank ist** oder eine **Behinderung** hat, dann werden sexuelle Übergriffe mit der **Mindeststrafe von einem Jahr geahndet**. Damit ist auch strafrechtlich noch einmal hervorgehoben, dass Krankheit oder Behinderung eine besondere Schutzbedürftigkeit nach sich zieht.

Grapschen ist kein Kavaliersdelikt

Bislang waren sexuelle Handlungen nur dann strafbar, wenn sie auch eine **gewisse Erheblichkeitsschwelle** überschritten hatten. Verneint hatte das die Rechtsprechung bislang etwa bei dem Griff in die Genitalien über der Kleidung. Allenfalls konnte das Grapschen als Beleidigung bestraft werden. Das ist jetzt Vergangenheit. Vor allem dank der Initiative der Gruppe der Frauen ist jetzt klar: **Wer Frauen sexuell begrapscht, der macht sich in Zukunft auch strafbar!**

Sexuelle Übergriffe aus Gruppen heraus

Die **Kölner Silvester-Übergriffe**, haben das zunehmende Phänomen **von Übergriffen auf Frauen aus Gruppen heraus** gezeigt. Diese Tat zeichnet sich dadurch aus, dass mehrere Männer eine Frau **umzingeln**, ihr damit jede **Möglichkeit der Flucht** nehmen und sie dann von einem oder mehreren sexuell berührt wird. Häufig sind damit auch **Diebstähle** verbunden. Frauen sind in dieser Situation **völlig ausgeliefert und hilflos**.

In der Praxis war eine **Bestrafung des Täters** bisher **sehr schwierig**. Das Ergebnis etwa bei den Kölner Fällen ist: **Die wenigsten Verdächtigen werden auch verurteilt**, weil ihnen die Handlung nicht nachgewiesen werden kann. Nach der von uns neu geschaffenen Vorschrift *„Straftaten aus Gruppen“* macht sich künftig strafbar, wer sich **an einer Personengruppe beteiligt, die eine andere Person zur Begehung einer Straftat bedrängt**, sofern von einem Beteiligten ein sexueller Übergriff begangen wird.

Julia Obermeier MdB: ***„Diese Regelung haben wir uns hart erkämpft, die SPD hat bis zuletzt versucht, diese zu verhindern. Aber wir setzen hier nun ein klares Zeichen, auch als Konsequenz auf die Silvesternacht!“***

Der sicherheitspolitische Irrweg der AfD

NATO, Russland und die Rechtspopulisten

Julia Obermeier MdB: ***„Die Putinversteher der AfD zeigen Verständnis für die Angriffe auf die Souveränität der Ukraine. Die aggressive Politik Moskaus gefährdet jedoch den Frieden in Europa. Deutschland und seine NATO-Partner setzen daher auf Abschreckung und Dialog!“***

Der **NATO-Gipfel in Warschau** am 8./9. Juli 2016 ist das wichtigste sicherheitspolitische Ereignis des Jahres. Unsere Mitgliedschaft in der NATO ist für uns in Deutschland **seit mehr als 60 Jahren Garant für Frieden und Wohlstand**. Die Solidarität im NATO-Bündnis garantiert, dass der Schutz der Freiheit und der Sicherheit eines jeden einzelnen Mitgliedsstaats das **gemeinsame Interesse** aller ist. Dies ist für Deutschland gerade angesichts der **aggressiven Politik Russlands** von entscheidender Bedeutung.

Der Friedensstern: Das blaue Flaggentuch versinnbildlicht den (Nord-)Atlantik, der die Mitgliedsländer verbindet. (Quelle: Bundeswehr)

Rechtspopulisten stellen NATO in Frage

Eine positive Bewertung der NATO scheint sich jedoch in der AfD nicht durchgesetzt zu haben. Zwar bekennt sich die rechtspopulistische Partei in ihrem Grundsatzprogramm eigentlich zur NATO, doch viele Mitglieder und führende AfD-Politiker **distanzieren sich** von der derzeitigen Politik der Allianz. Andere, wie der thüringische Partei- und Fraktionschef **Björn Höcke, stellen gleich die Mitgliedschaft Deutschlands im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis in Frage** – und stehen hier programmatisch bei den Linken.

AfD sucht den Schulterschluss mit Putin

Dreh- und Angelpunkt dieser Kritik ist die **Nähe der AfD zum russischen Präsidenten Wladimir Putin**. Obwohl er die partnerschaftlichen Beziehungen mit dem Westen aufgekündigt hat, **sucht die AfD den Schulterschluss mit Moskau**. Dies bezeugt unter anderem das Bündnis zwischen den **Jugendorganisationen der AfD und Putins-Partei *„Einiges Russland“***.

Russland hat die Friedensordnung aus den Angeln gehoben

Der Umgang mit Russland wird auch im Zentrum des NATO-Gipfels in Warschau stehen. Die **völkerrechtswidrige Annexion der Krim** und die **andauernde hybride Kriegsführung Russlands in der Ostukraine** haben die europäische **Friedensordnung aus ihren Angeln gehoben**.

Trotz der **verfehlten Rhetorik des Außenministers Frank-Walter Steinmeier** stehen die 28 NATO-Mitgliedstaaten **Seite an Seite**. Sie sind sich einig, dass die russischen Bedenken gegen eine **Osterweiterung der NATO** die **gewaltsame Verschiebung der Grenzen** auf dem europäischen Kontinent nicht rechtfertigen. Die NATO wird von ihrem Gipfel eine **klare Botschaft** nach Moskau senden: **Die transatlantische Allianz steht zu ihrer Bündnissolidarität und wird daher die militärische Präsenz in Osteuropa verstärken**. Die NATO-Staaten wollen abschrecken, ohne jedoch Russland zu provozieren.

Daher wird gleichzeitig das Dialogangebot erneuert. Leider hat die **russische Seite alle Angebote**, sich vor dem NATO-Gipfel auszutauschen, **abgelehnt**. Aber Dialog ist notwendig, denn: **Frieden in Europa ist nur mit und nicht gegen Russland möglich.**

Die AfD bewertet die Ereignisse an der Ostflanke der NATO jedoch völlig anders. Den Konflikt in der Ukraine führt beispielsweise die **rechte Gallionsfigur** der AfD, **Beatrix von Storch**, auf *„schwelende Nationalkonflikte zurück“*, die das *„Ergebnis historischer Umstände“* seien. Kein Wort davon, wie Russland seine strategischen Interessen auf der Krim rücksichtslos militärisch durchgesetzt hat. **Parteivize Alexander Gauland** wird gar zitiert mit: *„Die Krim war russisch, ist jetzt wieder russisch, und sie wird nie wieder zur Ukraine zurückkehren“.* Doch der Westen darf es Putin nicht durchgehen lassen, dass er sich die Krim **völkerrechtswidrig und gewaltsam** einverleibt. Und mehr noch: **Russland führt einen unerklärten, blutigen Krieg in der Ostukraine**, übt in Manövern mit bis zu **100.000 Soldaten an der polnischen Grenze**, simuliert **Nuklearschläge gegen Warschau** und provoziert mit ständigen **Verletzungen des NATO-See- und Luftraumes**. Russland bricht so nicht nur geltendes Völkerrecht und internationale Verträge, sondern **bedroht die Sicherheit und Stabilität Europas insgesamt.**

Foto: CSU-Landesgruppe

Der NATO-Generalsekretär, Jens Stoltenberg zusammen mit Julia Obermeier MdB, Mitglied der parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV).

AfD stellt sich gegen EU-Sanktionspolitik

Harsche Kritik übt die AfD auch an der **Sanktionspolitik der EU**, die Russland Einhalt in der Ostukraine gebieten soll. **Beatrix von Storch** sprach – gerade als Putin das Lebensmittel-Embargo gegen die EU verhängt hatte – von *„einseitigen Sanktionen“* Europas. Das friedliche, wirtschaftspolitische Instrument stilisierte sie zu einem Mittel der *„Eskalation“*. Die Sanktionen kosten die europäische Wirtschaft zwar viel Geld, doch wie die AfD-Frau von *„Millionen von Arbeitslosen in der Euro-Zone“* zu sprechen, ist kruder Populismus.

NATO setzt auf Dialog und Abschreckung

Und natürlich sind die Sanktionen der EU gegen Russland **nicht alternativlos**: Wir würden sie aussetzen, sobald Putin **seinen Teil des Minsker-Abkommens erfüllt**, das er selbst mitverhandelt und im Februar vergangenen Jahres eigenhändig unterschrieben hat. Da es hier noch immer keine substantiellen Fortschritte gibt, hält die EU an ihrer besonnenen politischen Strategie fest. Gleichzeitig setzt die NATO darauf, **durch Transparenz**, **Berechenbarkeit und Dialog** die Krise zu **deeskalieren** und die Lage zu **stabilisieren**. Die notwendigen **Abschreckungs- und Verteidigungsanstrengungen** werden mit großem Augenmaß betrieben – für die Sicherheit der Menschen in West und Ost!

Dass die Rechtspopulisten diese Politik ablehnen, zeigt: Die AfD befindet sich auch sicherheitspolitisch auf dem Irrweg!

NATO-Gipfel: Auf NATO-Gipfeln treffen sich neben den Staats- und Regierungschefs auch die Außen- und Verteidigungsminister der 28 NATO-Mitgliedstaaten sowie die Vertreter verbündeter Partnerländer. Im Zentrum der Treffen, die meist alle zwei Jahr stattfinden, steht die strategische Ausrichtung der Allianz. Die Ergebnisse werden in einer gemeinsamen Erklärung veröffentlicht. Dies soll auch den Zusammenhalt im NATO-Bündnis stärken.

Aus dem Parlament:

Integrationsgesetz

In zweiter und dritter Lesung stellten wir klar, wie anerkannte Asylbewerber und Menschen mit guter Bleibeperspektive in der **Integration gefördert und gefordert** werden sollen. Wir wollen Flüchtlingen etwa den Zugang zu **Integrationskursen** und zum **Arbeitsmarkt** erleichtern. **Förderangebote und Pflichten werden genau definiert** und rechtliche Konsequenzen für fehlende Integrationsbemühungen eindeutig geregelt.

Wer sich nicht an die Regeln hält, **muss mit Leistungskürzungen rechnen**, wer sich anstrengt, soll etwas davon haben. Zugleich sollen die **Asylverfahren weiter beschleunigt werden**. Mit der **Regelung einer befristeten Wohnortzuweisung** versetzen wir Länder und Kommunen in die Lage, die **Konzentration von Schutzberechtigten in Ballungsräumen zu verhindern** und positiv auf die Integration in der Fläche einwirken zu können. **Sie tritt rückwirkend zum 1. Januar 2016 in Kraft**.

Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (DigiNetzG)

In zweiter und dritter Lesung setzten wir die Kostenreduzierungsrichtlinie der EU in nationales Recht um und treiben damit den **Breitbandausbau** voran. Wir erleichtern es Telekommunikationsnetzbetreibern, **bislang ungenutzte öffentliche Versorgungsnetze, etwa für Gas, Elektrizität oder Fernwärme, für den Breitbandausbau zu nutzen**. Bei **Neubaumaßnahmen oder Renovierungen** bestehender Gebäude sollen Leerrohre, die für eine Belegung mit Glasfasern geeignet sind, mitverlegt werden.

Dadurch **minimieren wir den Aufwand für die Verlegung neuer Leitungen und senken so die Ausbaukosten**. Eine zentrale Informationsstelle bei der Bundesnetzagentur soll dabei die Transparenz über mitnutzbare bestehende und geplante Infrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze erhöhen.

Gesetz zur Neuregelung des Mutterschutzrechts

In erster Lesung legten wir unsere Vorstellungen zur **Reform des Mutterschutzrechts** dar. Neue **gesundheitswissenschaftliche Erkenntnisse** sowie **gesellschaftliche Entwicklungen** sollen dabei berücksichtigt werden. Leitender Gedanke der Neuregelung ist, eine verantwortungsvolle Abwägung zwischen dem **Gesundheitsschutz für eine schwangere** oder **stillende Frau** und ihrem (ungeborenen) **Kind** einerseits und der **selbstbestimmten Entscheidung der Frau** über ihre Erwerbstätigkeit und ihre Ausbildung andererseits sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund haben wir etwa **flexibel nutzbare Regelungen für Schülerinnen und Studentinnen** durchgesetzt und das Nacht- und Sonntagsarbeitsverbot zeitgemäß ausgestaltet.

Die **Schutzfrist nach der Geburt eines Kindes mit Behinderung** soll **von acht auf zwölf Wochen verlängert** werden, weil die Geburt in vielen dieser Fälle für die Mutter mit besonderen körperlichen und psychischen Belastungen verbunden ist.

Schirmherrin Julia Obermeier

Die Gute Nachricht

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Juni auf den **tiefsten Stand seit 1991** gesunken. Bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) waren in diesem Monat **2,614 Millionen Erwerbslose registriert**. Dies sind **50.000 weniger als im Vormonat** Mai und **97.000 weniger als im Juni 2015**. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Punkte auf 5,9 Prozent.

Auch die Zahl der Erwerbstätigen wuchs zugleich. Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vormonat Mai saisonbereinigt **um 45.000 auf 43,56 Millionen**. Das sind **559.000 mehr als im Vorjahr** 2015.

Laufen verbindet!

5. Achilles Hope & Possibility – Run im Westpark München

Bereits zum fünften Mal findet am **17. Juli 2016** der Münchner **Achilles Hope & Possibility Run** im Westpark München statt.

Alle begeisterten Sportlerinnen und Sportler **mit und ohne Behinderung** sind aufgerufen, mit ihrer Teilnahme den Inklusionssport zu unterstützen! Veranstaltet wird der Lauf vom **Münchner Behindertensportverein Achilles International Germany**, der bereits seit 2011 besteht und sich für die Barrierefreiheit beim Laufen einsetzt.

Jeder Teilnehmer findet in seinem Turnbeutel einen kleinen Energieschub von mir!

Nähere Informationen zu dieser besonderen Laufveranstaltung erhalten Sie hier: Infos
Anmelden können Sie sich hier: Anmeldung

Gerne bin ich für Sie da!

Bürgerbüro Julia Obermeier MdB
Ranertstraße 8
81249 München

Bitte vereinbaren Sie einen Termin:
Tel: 089/ 893 990 99
Fax: 089/ 893 991 00
julia.obermeier.wk@bundestag.de

Hier erreichen Sie mich

Meine Website:

www.julia-obermeier.de

Folgen Sie mir auf Twitter:

@Julia_Obermeier

Auf Facebook:

Julia Obermeier

Schreiben Sie mir eine E-Mail:

julia.obermeier@bundestag.de

Julia Obermeier vor Ort

08.07.2016 – 18.00 Uhr	**Festveranstaltung 50 Jahre Westkreuz**, Bürgersaal am Westkreuz, Friedrichshafener Str. 17, 81243 München
11.07.2016 – 19.00 Uhr	**Delegiertenversammlung mit Kandidatennominierung**, Franz Josef Strauß-Haus, Mies-van-der-Rohe-Str. 1, 80807 München.
15-17.07.2016	**Schirmherrin beim 50. Jubiläum des FasslClub Lochhausen**, Festzelt am Maibaum Lochhausen
17.07.2016 – 17.30 Uhr	**CSU Sommerempfang Neuhausen-Nymphenburg**, Backstage, Reitknechtstr. 6, 80639 München

PS: Sie können den Erhalt des Newsletters „Post aus Berlin“ jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen, per E-Mail julia.obermeier@bundestag.de, telefonisch Tel.: 030/227 77188, per Fax: 030/227 70189 oder postalisch an: Julia Obermeier MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin